

BBB-Pressemitteilung vom 14. Juni 2023

Eingangsamts A13 für Grund- und Mittelschule im Landtag **BBB: Das Problem ist größer!**

„Der öffentliche Dienst steht vor einer seiner größten Herausforderungen! Da muss in allen Bereichen gehandelt werden“, so Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtensyndikats (BBB) angesichts des Gesetzes zur Verbesserung der Eingangsbesoldung an Grund- und Mittelschulen, die heute im Landtag verabschiedet werden soll. Personalmangel und Aufgabenveränderungen betreffen den gesamten öffentlichen Dienst in Bayern. „Das Problem ist deutlich größer“, stellt er klar.

Gestützt wird die aktuelle Änderung auf zusätzliche Anforderungen durch Inklusion in den betroffenen Schulbereichen und – in der öffentlichen Diskussion – durch die notwendige Bekämpfung des Lehrermangels.

„Personalmangel ist kein exklusives Problem des Schulbereichs“, betont Nachtigall. Man dürfe nicht mehr die Augen davor verschließen, dass sich eine alarmierende Situation abzeichne. „Während die Babyboomer-Generation in den Ruhestand gehe, verliere der öffentliche Dienst beim Nachwuchs zunehmend an Attraktivität“, so Nachtigall, „das Angebot, das der Staat nach außen präsentiert, verfehlt den Erwartungshorizont der heutigen Absolventen“, verdeutlicht er das Problem. „Da müssen neue Denkanstöße her!“

Aktuelle Zahlen machen die Schwierigkeiten noch anschaulicher. Inzwischen seien es nicht mehr nur die Bereiche Technik, Ingenieurwesen und IT, in denen man sich schwer tue bei der Stellenbesetzung. Auch Polizei, Steuerverwaltung, der Bereich Ländliche Entwicklung oder Landwirtschaftsverwaltung kämpfen mit Nachwuchssorgen. Bei der Ländlichen Entwicklung machen sich nun rund 20 Jahre Personalabbau bemerkbar – mit allen Folgeproblemen. Im Steuerbereich können in der dritten Qualifikationsebene voraussichtlich rund 50 Prozent der Stellen nicht besetzt werden. Und in der zweiten sieht es mit 20 Prozent auch nicht viel besser aus.

„Der öffentliche Dienst bildet in vielen Bereichen selbst aus. Fehlen hier Absolventen, entstehen dauerhafte Lücken, die sich über die Jahre hinziehen“, erläutert Nachtigall. Bei der Polizei geht es hier um etwa 20-30 Prozent, die für Stellenbesetzungen nicht mehr zur Verfügung stehen. Und auch bei der Ländlichen Entwicklung sind die Jahrgänge in der dritten Qualifikationsebene nicht voll und das duale Studium findet viel zu wenig Anklang. Einen möglichen Ansatz sieht Nachtigall in der Ausweitung der Möglichkeiten zum Quereinstieg. „Hier müssen Anreize geschaffen und Hürden abgebaut werden“, verlangt er.

Zurück zum Grund der Anhebung der Eingangsbesoldung in Grund- und Mittelschulen: Inklusion sei eben nur ein wichtiger Faktor, der gesellschaftlich zu berücksichtigen sei. Andere Punkte, wie z. B. Medienpädagogik oder Lernen in einer digitalen Welt brächten aber ebenfalls und stark zunehmend neue Anforderungen – „und das nicht nur in allen Schularten, sondern über alle Berufssparten des öffentlichen Dienstes hinweg“, so der BBB-Chef.